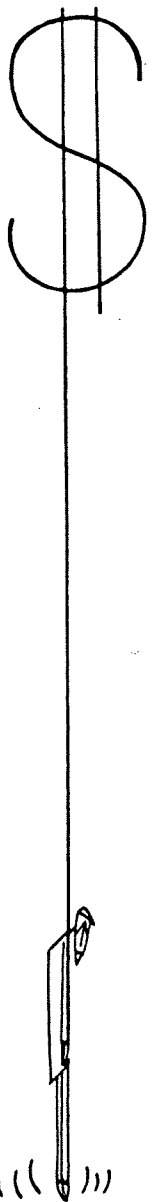




66

6 JAHR • PREIS: 3 DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50  
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKIE - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE  
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 •  
V.i.s.d.p. und AUSKUNFTE IN DEUTSCH: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1 (0211) 325759

## DER ZORN DER GENERALE



Als führende Politiker der Europäischen Gemeinschaft die türkischen Militärbehörden drängten, an ihrem Zeitplan zur Wiederherstellung der Demokratie festzuhalten und darauf bestanden, daß eine solche Rückkehr „im besonderen die Freilassung derjenigen, die wegen ihrer Gesinnung oder wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten inhaftiert sind, und die Beendigung des Kriegsrechts zur Voraussetzung habe“, kommentierte dies der *Guardian* mit der Vermutung, „die türkische Junta würde wahrscheinlich verärgert reagieren auf das im *Kommunique* zum Ausdruck kommende Beharren“ auf diesem Thema.

Die Richtigkeit dieses Kommentars wurde bewiesen durch die sensationelle Rede General Evrens in Bursa am 4. April 1982.

Das militärische Staatsoberhaupt der Türkei klagte „europäische Freunde“ an, manipuliert worden zu sein von „gewissen Leuten“, die, wie er sagte, die Wirtschaftshilfe als Waffe handhabten. Er erklärte, „die türkische Souveränität könne unter gar keinen Umständen gegen Geld verkauft werden“ und „wenn Europa es zuläßt, durch eine Mehrheit von 51 Stimmen im 434 Sitze umfassenden Europäischen Parlament sich beherrschen zu lassen, dann solle es dies tun, und somit die Türkei ausschließen. Europa würde die Verantwortung zu tragen haben für die sich aus einem derartigen Schritt ergebenden Folgen.“

Ist in diesem Zorn gegen europäische Kreise der Ausdruck einer ernsthaften Reaktion auf „äußere Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei“ zu sehen? Kann dies gewertet werden als Zeichen von Nationalstolz?

Wenn man die Zugeständnisse desselben Militärregimes gegenüber den USA innerhalb von 18 Monaten in Erwägung zieht, kann man diese Frage eigentlich nicht positiv beantworten. Wie bereits in einer anderen Studie (vgl. *INFO-TÜRK*, „US-Interessen an der Türkei“) erklärt, ist es auch dasselbe Militärregime, das – als Gegenleistung für amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe – eine Übereinkunft ratifizierte, derzufolge die US-Militärbasen in der Türkei wieder geöffnet werden sollen, und es ist wiederum dieselbe Militärjunta, die die Erlaubnis zum Fliegen mit amerikanischer Flagge über türkischem Territorium erteilt hat. Diese Konzessionen verletzen die „National“-Gefühle General Evrens nicht, weil Washington alle antidemokratischen Maßnahmen der Junta unterstützt, und niemals die Errichtung der Demokratie in der Türkei gefordert hat.

Was die europäischen Länder betrifft, so haben diese immer erklärt, daß, sollten die türkischen Machthaber den Wunsch nach Verbleib in der europäischen Familie haben, sie demokratische Rechte und Freiheiten achten müßten, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention formuliert wurden. Darüber hinaus hält General Evren die EG-Finanzhilfe in Form eines 600-Millionen-Dollar-Kredits für nicht mehr so notwendig, da die USA ihre Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei erhöht haben, und da benachbarte sozialistische Länder sowie ölfördernde Staaten im Mittleren Osten verstärkt ökonomische und Handelsbeziehungen angeboten haben. Besonders nach dem Besuch des Iran, Kuwaits, Syriens und Pakistans begannen die türkischen Herrscher, an eine mögliche Führungsrolle in diesem Gebiet zu denken und auch daran, daß sie mit Leichtigkeit die finanziellen Möglichkeiten der erdölfördernden Länder ausnutzen könnten. In dieser Situation entschieden sie, daß es an der Zeit wäre, Europa zu widerstehen.

Um zu beweisen, daß er nichts gegen eine demokratische Herrschaftsform habe, sagte General Evren: „Wir wollen zu Europa gehören und wissen, daß eine grundlegende Bedingung hierfür eine demokratische Herrschaft ist. Wir leugnen nicht, daß die gegenwärtige Regierungsform nicht Demokratie ist. Es ist aber eine der demokratischsten und weichsten Militärregierungen, die es je irgendwo gab. Es handelt sich jedoch immer noch um eine Militärrherrschaft, und niemand soll daran zweifeln, daß das auch weiterhin so sein wird, bis – in Übereinstimmung mit dem bekanntgegebenen Zeitplan – demokratische Zustände wiederhergestellt sind.“

Jedoch, wenn das geschehen ist, was für eine Art von Demokratie wird das dann sein? Eine Antwort auf diese Frage ist wiederum in General Evrens Rede zu finden: „Die neue Verfassung wird Kommunismus, Faschismus und religiöse Theokratie verbannen. Die Türkei braucht keine kommunistische Partei!“

Nicht nur keine kommunistische Partei, vielmehr deutete der Chef der Militärjunta darauf hin, daß der Führer der sozialdemokratischen Bewegung in Zukunft an weiteren politischen Aktivitäten gehindert werden soll. Er griff öffentlich den Vorsitzenden der verbotenen Republikanischen Volkspartei CHP, Bülent Ecevit, an, indem er sagte: „Wenn manche Leute denken, sie würden dadurch, daß sie ins Gefängnis gehen, Helden, dann werden wir auch nicht zögern, ihre Wünsche zu erfüllen. Wir ziehen es auch vor, sie zu Helden im Gefängnis werden zu lassen statt außerhalb. Jene ehemaligen Politiker, die offensichtlich die Schließung ihrer Parteien im letzten Oktober vergessen haben, hegen Illusionen, denen zufolge sie genau dieselben Parteien nur mit anderen Namen leiten werden. Das sind angenehme Träume, und es ist schön, mit Träumen zu leben. Aber ich warne sie zum allerletzten Mal, derartige Phantasien aufzugeben. Diese Nation hat sie ihnen wieder zurückgegeben. Ich erkläre hier an dieser Stelle, daß, wenn sie unsere Warnungen nicht beachten, wir nicht einen Augenblick zögern werden, mit schärfsten Mitteln gegen sie vorzugehen. Wenn sie mit der Hilfe bestimmter Menschen oder Institutionen in Europa rechnen, zu denen sie persönliche freundschaftliche Beziehungen entwickelt haben, werden sie am Ende ihre Hoffnungen zerstört sehen.“

Sogar schon vor dieser verbalen Attacke General Evrens hatte die Militärjunta eine Terror- und Einschüchterungskampagne gegen sozialdemokratische Parteifunktionäre und Parlamentarier gestartet:

Haftbefehle wurden erteilt gegen führende Mitglieder des türkischen Friedenskomitees; die sozialdemokratische Wochenzeitung „Arayis“, einstmals von Bülent Ecevit herausgegeben, mußte schließen, Ecevit wurde verhört wegen seiner herausfordernden Stellungnahme nach Entlassung aus der Haft, und bei 132 anderen Abgeordneten aus Ecevits Partei wurden Nachforschungen angestellt wegen angeblicher Unterstützung des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK...

Der unmittelbare Effekt dieser neuen Maßnahmen: Sie gaben Spekulationen über Meinungsunterschiede im „Nationalen Sicherheitsrat“ Auftrieb und zeigten, daß „Falken“ wie General Nurettin Ersin, Mitglied des NSR und Kommandant der Landstreitkräfte, die Oberhand gewonnen haben.

General Evren verneinte in seiner Rede in Bursa jedoch die Existenz derartiger Differenzen. Er unterstrich, daß die 5 Mitglieder des Sicherheitsrates gemeinsam ihren Auftrag erfüllten, und daß sie dieselbe Einstellung hätten.

Er blieb aber dabei nicht stehen, sondern ging so weit, einige frühere Armee-Befehlshaber zu verteidigen, wie etwa General Faik Türün, der „Ruhm“ erlangt hatte wegen faschistischer Tendenzen und repressiver Praktiken in einem früheren Abschnitt militärischer Herrschaft zwischen 1971 und 1973.

Und während General Evren noch seine Angriffe auf demokratische Politiker und Intellektuelle verstärkte, wurde die große Mehrheit der Funktionäre der faschistischen Partei MHP bereits aus der Haft entlassen, wobei lediglich Oberst Türkes und seine 5 Kumpanen in Gefangenschaft blieben. Jedoch stand auf der Tagesordnung des Militärgerichtshofes bereits die Forderung nach ihrer Freilassung. Es würde keine große Überraschung sein, wenn auch sie eines Tages frei wären, weil Oberst Türkes und seine Kumpanen vor dem Militärgericht erklärt haben, es sei ungerecht, sie gefangen zu halten, während ihre politischen Vorstellungen an der Macht seien.

Dabei handelt es sich nicht nur um die Würdigung eines türkischen Faschistenoberst, sondern darüber hinaus auch um die eines spanischen. Bei seinem Prozeß am 17. März 1982 gab Lt. Oberst Antonio Tejero Molina, der im vergangenen Jahr mit der Guardia Civil das spanische Parlament gestürmt hatte, an, ihr Versuch sei dem „Türkischen Coup“ nachkonstruiert worden, und ihr Plan sei die Errichtung einer Militärregierung ähnlich der in der Türkei aufgebauten.

Die Rede General Evrens in Bursa rechtfertigte beide: Oberst Türkes ebenso wie Oberst Antonio Tejero Molina...

## AUS DER POLITIK

### WIRD DIE VERFASSUNG IM JAHRE 1982 FERTIG WERDEN ?

Eine von der Tageszeitung Günes durchgeführte Umfrage bei den Mitgliedern der Beratenden Versammlung ergab, daß etwa die Hälfte der Mitglieder annimmt, der neue Verfassungsentwurf werde bis zum Stichtag beendet, während die anderen dies nicht annehmen. Die Gründe für den als wahrscheinlich anzunehmenden Mißerfolg sind in folgendem zu suchen:

- Das Hinauszögern des Entwurfs für eine neue Verfassung durch die Verfassungsgebende Kommission;
- die Ferien der Versammlung vom 15. Juli bis zum 1. September;
- Veränderungen in der Tagesordnung wegen der beginnenden Haushaltsdebatten im Oktober 1982.

Erst kürzlich haben das Kassationsgericht, das Oberste Militärverwaltungsgericht und das Verfassungsgericht der Beratenden Versammlung ihre Ansichten zum neuen Entwurf übermittelt. Alle diese höchsten Gerichte erklärten unter dem Druck der Militärjunta, daß die neue Verfassung dem Staatschef weitere Vollmachten zubilligen, kommunistische und religiöse Parteien verbieten und eine wirksame Kontrolle über die Aktivitäten der politischen Parteien errichten solle.

Andererseits äußerte sich keines der ehemaligen Parlamentsmitglieder gegenüber der Versammlung zu der Verfassung, obwohl der Nationale Sicherheitsrat dies ihnen zugestanden hatte, mit Ausnahme der Parteiführer und leitenden Verwaltungsangestellten.

### REORGANISATION DES STAATSAPPARATES

Der Prozeß der Zentralisierung des Staatsapparates, eine der Charakteristika eines repressiven Regimes, ist durch neue Regierungserlasse beschleunigt worden, denen zufolge die Anzahl der leitenden Generäle von 200 auf 64 herabgesetzt wurde, wobei sie zu Ressort-Chefs umbenannt wurden.

Nach einem Bericht der Tageszeitung Cumhuriyet vom 9. März wird der Staatsapparat folgendermaßen gestaltet:

- Dem Staatschef ist bereits viel Sondervollmacht übertragen worden (cf. Bulletin, Febr. 1982);
- Die Anzahl der Ministerien wird herabgesetzt, und die übrig bleiben, werden mit zusätzlichen staatlichen Funktionen befrachtet;
- Die Anzahl der beim Staat Beschäftigten wird verringert; den Wenigeren wird ein höherer Lebensstandard gewährt, so daß die Bürokratie zu einer privilegierten Bevölkerungsschicht erhoben wird.

Noch eine Änderung: Verkehrsminister Necmi Ozgür wurde ersetzt durch Mustafa Aysan, Mitglied der Beratenden Versammlung, der als von der Militärjunta favorisierter Zivilist gilt.

## STAATLICHER TERROR

### NEUE BESCHULDIGUNGEN GEGEN ECEVIT

Ecevit ist im Monat März eine der Hauptzielscheiben der

Militärjunta gewesen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er, unter Forderung einer 30-monatigen Freiheitsstrafe, vor ein Zivilgericht gestellt. Die Anklage wirft ihm vor, während des Begräbnisses für den ermordeten Parteivertreter in der Stadt Nevşehir im Jahre 1980 Staatsbeamte beleidigt zu haben.

Der Vorsitzende der aufgelösten CHP wurde am 12. März vom Militäranwalt im Zusammenhang mit seinen Äußerungen nach der Freilassung gegenüber dem „Spiegel“ und dem holländischen Fernsehen verhört.

Am selben Tag untersagte die Militärregierung Ecevit, das Land zu verlassen, wegen Nachforschungen über seine Partei und ihre Mitglieder. Er war von der amerikanischen Wakeforest-Universität in North Carolina zu Besprechungen eingeladen, jedoch wurde ihm der beantragte Reisepaß nicht ausgestellt.

### NACHFORSCHUNGEN GEGEN 133 ABGEORDNETE

Am 15. März begann der militärische Anklagevertreter der Istanbuler Kriegsgeschichtskommandantur mit neuen Nachforschungen, um „ideologische Verbindungen“ aufzudecken zwischen dem Bund Fortschrittlicher Gewerkschaften DISK und der CHP. Die Erkundigungen wurden auf Ecevit und 132 andere ehemalige Parlamentarier ausgedehnt, weil sie die angeblich „subversiven“ Aktivitäten der DISK toleriert und unterstützt haben sollen.

Diese Nachforschungen folgen in Ankara vorangegangenen, wo Mitgliedern der Frauen- und Jugendgruppen der CHP Beteiligung an angeblich „extremistischen“ Aktivitäten vorgeworfen wurde.

Inzwischen wurde auch das anhängige Verfahren gegen den früheren Istanbuler Bürgermeister Ahmet Ispan, Angeklagter im DISK-Prozeß eröffnet. Der berüchtigte Anklagevertreter der Militärs, Takkeci, wirft ihm vor, Mittel der Istanbuler Stadtverwaltung für Aktivitäten der DISK verwendet zu haben.

### „WIR WOLLEN MIT DISK AUFRÄUMEN!“

Was den DISK-Prozeß selber betrifft, so sind die Anklagen gegen 52 von der Todesstrafe bedrohte Angeklagte bis zum 3. März verlesen worden, worauf die Sitzungen bis zum 14. April vertagt wurden, um den Beschuldigten Zeit zur Vorbereitung ihrer Antworten auf die Vorwürfe zu geben.

Der militärische Anklagevertreter Takkeci erklärte am 8. März gegenüber AFP (Agence France Press): „Wir wollen mit der DISK aufräumen, die unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Betätigung die Zerstörung des Staates bezweckte, in der Absicht, in der Türkei ein marxistisch-leninistisches Regime zu errichten.“

Wie bekannt ist, handelt es sich um denselben Ankläger, der den Hauptverteidiger im DISK-Prozeß verhaften ließ, Orhan Apaydin, der auch Präsident der Istanbuler Anwaltskammer und Mitglied des türkischen Friedenskomitees ist. Um seine Anwesenheit beim DISK-Prozeß zu verhindern, wurden er und weitere Mitglieder des Friedenskomitees im Februar inhaftiert.

Auf der anderen Seite wurde am 24. März die Forderung nach Freilassung von 112 anderen DISK-Mitgliedern abgelehnt, die noch unter Arrest stehen für einen weiteren Prozeß.

## VERURTEILUNGEN VON GEWERKSCHAFTLERN

Der 1. Militärgerichtshof der Istanbuler Kriegskommandantur verurteilte 22 Funktionäre der Bank-Is (Gewerkschaft der Bankbeschäftigten) zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren (am 22. März).

Am 6. März eröffnete der Anklagevertreter der Militärs eine neue Gerichtsverhandlung gegen 13 Funktionäre der Tım Maden-Is (Metallarbeiter-Gewerkschaft). Ihnen wird zur Last gelegt, „versucht zu haben, ein kommunistisches Regime zu errichten“, wobei Gefängnisstrafen bis zum 30 Jahren gefordert wurden.

## GEFANGENNAHME DER FRIEDENSANHÄNGER

Auf Befehl des Militärgerichts in Istanbul wurden 23 von 44 Mitgliedern des türkischen Friedenskomitees gefangen genommen, darunter auch 4 ehemalige Abgeordnete. Die anderen 21 Mitglieder haben sich noch nicht den Behörden gestellt. Manche Zeitungen behaupten, sie hätten das Land verlassen und befänden sich gegenwärtig in Europa.

Die Verteidiger haben gegen die Inhaftierung Berufung eingelegt, die jedoch abgelehnt wurde.

Es ist das erste Mal, daß der Vorstand der Vereinigung Türkischer Advokaten sich zur unmittelbaren Teilnahme an einem Prozeß entschloß, wo sie ihren Präsidenten Attila Sav beauftragten, Protest einzulegen gegen die Verhaftung des Präsidenten der Istanbuler Anwaltskammer, Orhan Apaydin. Ihre Forderung wurde ebenfalls zurückgewiesen.

In einem weiteren politischen Prozeß vor dem 2. Istanbuler Militärgericht wurden die 17 Verteidiger vom militärischen Anklagevertreter angeklagt! In einer vorausgegangenen Sitzung hatten sie den Gerichtssaal verlassen, um damit gegen die Beschränkung des Rechts auf Verteidigung zu protestieren. Die Anklage wirft ihnen vor, dieses ohne die Genehmigung des Richters getan zu haben.

## FRÜHERER MINISTER VERURTEILT

Tuncay Mataraci, ehemaliger Minister in Ecevit's Regierung, wurde am 17. März vom Obersten Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 36 Jahren verurteilt, weil er bei Bestechungen und Mithilfe beim Schmuggeln von Waffen 150 Mill. TL (1 Mill. Dollar) genommen haben soll. Ausserdem wurde er zu einer Geldstrafe in Höhe von 5 Mill. Dollar (787 Mill. TL) verurteilt.

Der Nationale Sicherheitsrat beschloß ein neues Verfahren gegen die ehemaligen Minister Serafettin Elci und Selahattin Kilic wegen Amtsmißbrauchs. Der Prozeß gegen sie, in dem bis zu 40 Jahren Gefängnis gefordert werden, findet beim Obersten Gerichtshof statt.

Berichten der Tageszeitung Hürriyet vom 18. März zufolge, wurden den Anklägern mehr als 15 000 Akten von Bestechungen und Amtsmißbrauch übergeben, jedoch sind bis heute erst 2117 bearbeitet worden. Dazu gehören auch die ITT und Lockheed betreffenden Bestechungen.

## TODESSTRAFE BLEIBT

Ertugrul Alatli, Mitglied der Beratenden Versammlung und Schulkamerad von General Nurettin Ersins (NSR-Mitglied), gelang es nicht, 10 Unterschriften von ande-

ren Versammlungsmitgliedern zu bekommen, um seine Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei auf die Tagesordnung setzen zu können. Ein anderes Mitglied der Beratenden Versammlung, der pensionierte General Ihsan Göksel, widersetzte sich diesem Vorschlag sehr heftig, indem er behauptete, dies würde die Regierung in ihrem Kampf gegen den Terrorismus schwächen. Der Antrag wurde lediglich von 3 anderen Versammlungsmitgliedern unterzeichnet.

## 4 HINRICHTUNGEN IN EINEM MONAT

Die Mitbegründer der TKEP (Komm. Arbeiterpartei), Seyit Konuk, Ibrahim Etem Coskun und Necati Vardar wurden am 13. März im Izmirer Buca-Gefängnis gehängt. Ihnen war vorgeworfen worden, einen rechten Politiker getötet zu haben.

Am 26. März wurde ein rechter Aktivist, Fikri Arikan, im Ankaraer Stadtgefängnis gehängt, weil er einen politisch links stehenden Jugendlichen vor dem Militärcoup ermordet hatte.

Somit stieg die Gesamtzahl der Hinrichtungen seit dem 12. September 1980 auf 14.

## FORDERUNGEN NACH TODESSTRAFE: 4289 MAL

Die militärischen Anklagevertreter haben im März viele neue Prozesse gegen fortschrittliche Organisationen eröffnet und für viele der Angeklagten die Todesstrafe gefordert. In der nun folgenden Liste mit neuen Prozessen wird hinter der Anzahl der Angeklagten die Zahl der geforderten Todesurteile (in Klammern) aufgeführt.

- Revol. Weg (Dev-Yol): Am 14. 3. in Istanbul 159 (30); am 30.3. in Izmir 33 (11);
- Revol. Linke (Dev-Sol): Am 16.3. in Istanbul 428 (146);
- Arbeiter-Partei Kurdistans (PKK): Am 3.3. in Adana 24 (3); am 16.3. in Adiyaman 125 (29); am 31.3. in Izmir 13;
- Komm. Partei der Türkei, ML (TKP-ML): Am 4.3. in Erzurum 38 (22); am 14.3. in Istanbul 178 (40);
- Türk. Volksbefreiungs-Partei (THKP): Am 9.3. in Erzurum 17 (14);
- Kurd. Organisation KAWA: Am 12.3. in Erzurum 81 (8)
- Komm. Arbeiterpartei der Türkei (TKEP): Am 12.3. in Istanbul 18 (4); am 18.3. in Gaziantep 83;
- Befreiung (Kurtulus): Am 18.3. in Erzincan 91 (17); am 26.3. in Ankara 3 (3);
- Komm. Partei der Türkei (TKP): Am 7.3. in Antalya 16;
- Komm. Partei der Türkei / Union (TKP-B): Am 21.3. in Ankara 77;
- Revol. Komm. Partei der Türkei (TDPK): Am 5.3. in Erzurum 96; am 30.3. in Iskenderun 63;
- Organ. Revol. Befreiung (DKO): Am 17.3. in Izmir 23;
- Rechtsextreme Aktiv: Am 9.3. in Erzurum 5 (5); am 12.3. in Ankara 16 (10).

Demzufolge hat die Gesamtzahl der Forderungen nach Todesurteilen Ende März 1982 die Höhe von 4289 erreicht. Tatsächlich zum Tode verurteilt wurden im letzten Monat ein Rechtsextremer in Izmir, ein weiterer in Konya und 5 Dev-Sol-Mitglieder in Izmir.

## ZWEI JUSTIZSKANDALE

Ein Justizirrtum, der die Ungerechtigkeit der Todesstrafe unter Beweis stellt, wurde im letzten Moment verhindert. Der politisch links stehende Ahmet Erhan wurde von einem Militärgericht unter dem Vorwurf der Ermordung eines Rechtsextremisten im Jahre 1979 zum Tode verurteilt. Dieses Urteil basierte auf der Aussage eines einzigen Zeugen; es wurde am 25. März vom Juristischen Komitee der Beratenden Versammlung gebilligt, obwohl dieser einzige Zeuge die Versammlung in Kenntnis gesetzt hatte von der Tatsache, daß er in der Gerichtsverhandlung gelogen hatte.

Dank einer Pressekampagne zu dieser Ungerechtigkeit war das militärische Kassationsgericht dazu gezwungen, die Akte von der Versammlung zurückzufordern.

Weiter wird gegenwärtig zur gleichen Zeit vier linksextremistischen Mitgliedern aufgrund gleichlautender Anklagen der Prozeß gemacht, wobei vor einem Zivilgericht in Balikesir die Todesstrafe gefordert wird, beim Ankaerer Militärgericht jedoch eine Gefängnisstrafe.

## MENSCHENJAGD

Am 5. März hat die Polizei in Istanbul 3 Dev-Yol-Mitglieder in einen Hinterhalt gelockt und dabei Kemal Sahin erschossen, während die beiden anderen entkommen konnten.

Innerhalb von nur einem Monat sind in Ankara 13 Mitglieder der Rev. Komm. Vereinigung TIKB verhaftet worden, 196 Anhänger der DDKD (Östl. Vereinigung für Revol. Kultur), der Union der Sozialistischen Jugend, der Dev-Yol, der „Befreiung“ und der Union der Rev. Gleichstellung in Ankara, weiter der Rechtsanwalt Ihsan Dogan, angeblich Leiter der Aktionseinheit in Ankara, außerdem 4 Linksextreme in Malatya, 24 Dev-Yol-Mitglieder in Usak, 64 Linke in Kahramanmaras und 119 in Adana.

Weiter ist davon berichtet worden, daß etwa 300 Armeed Offiziere wegen Beteiligung an verschiedenen linksorientierten Aktionen inhaftiert worden seien.

## WEITERE REPRESSIVE MASSNAHMEN

Die Militärregierung hat beschlossen, alle Personalausweise gegen neue auszutauschen, in denen detaillierte Angaben über den Inhaber enthalten sind. Jeder Bürger wird eine Code-Nummer erhalten, und sämtliche Informationen über ihn werden im Computer gespeichert.

Premierminister Uluşu gab ein neues Rundschreiben heraus, in dem alle staatlichen Ressorts aufgefordert werden, das Privatleben eines jeden in ein erdölförderndes Land gehenden Arbeiters sowie seine politische Einstellung zu überprüfen. Er ordnete ebenfalls an, daß, sollte ein Arbeiter unter seinen Kollegen politische Propaganda betreiben, er nach Hause zurückgeschickt werden sollte.

Das Gesetz zur Durchführung des Strafvollzugs wurde vom Nationalen Sicherheitsrat modifiziert. Von jetzt an können alle diejenigen, die zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, zu Zwangsarbeit in Gefängnissen oder öffentlichen Einrichtungen gezwungen werden.

## MILITÄRS GEBEN DEN TOD VON 15 GEFOLTERTEN ZU

Wie Regierungssprecher İlhan Oztak am 16. März mitteilte, befinden sich unter den auf einer Liste der Behörde vorgelegten Namen von 62 Menschen 15, die infolge von Folterungen gestorben sind. Er behauptete, weitere 15 Menschen seien eines natürlichen Todes gestorben, 3 wären nach Eröffnung des Feuers auf Sicherheitskräfte erschossen worden, 3 im Verlauf von Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen, 4 wären noch in Gefangenschaft und am Leben, ein weiterer freigelassen und somit am Leben, 8 wären niemals inhaftiert gewesen und in 11 Fällen wird von den Behörden noch nachgeforscht. Er kritisierte sehr heftig das Vorgehen von Amnesty International, die einfach „aus verschiedenen Quellen stammende“ Dokumente ohne vorhergehende Prüfung „sammelten“.

Amnesty begrüßt die eingeleiteten Schritte zu Nachforschungen in diesen Fällen, so wird im Nachrichten-Brief des Monats März 1982 betont, jedoch würde immer noch davon berichtet, daß Folter regelmäßig – von Gefangenen als weit verbreitetes und systematisches Mittel bezeichnet – angewendet würde.

Im vergangenen Monat haben im Ankara'er TKP-Prozeß 43 Rechtsanwälte erklärt, daß die Verhöre ihrer Klienten mittels Folter von Seiten der Polizei durchgeführt worden wären.

Am 12. März berichtete die Tageszeitung Hürriyet, daß der 55jährige Ali Camis am 26. Februar von Gendarmen in Konya bei Folterungen getötet worden sei; er war wegen eines Raubüberfalls in Haft.

Weibliche Gefangene, die sich wegen Revoltieren gegen die Gefängnisleitung in Ankara zu verantworten haben, erklärten vor Gericht, daß der Direktor das Mamak-Gefängnisses sie als „Huren“ beschimpft und die Soldaten angehalten habe, sie zu schlagen.

## WIDERSTAND IN GEFÄNGNISSEN

Am ersten Tag des Gerichtsprozesses gegen 428 Dev-Sol-Mitglieder in Istanbul am 15. März 1982 verweigerten Gefangene vor dem Richter Angaben zur Person, solange nicht Untersuchungen eingeleitet würden bezüglich der im Gefängnis angewandten Foltermethoden und der schlechten Behandlung. Sie enthüllten, daß 2 ihrer Genossen, Ahmet Karlangac und Mehmet Selim Yücel, bei Folterungen getötet worden seien.

Die Häftlinge weigerten sich, das Gefängnis zu verlassen, um an den folgenden Gerichtsverhandlungen teilzunehmen, um somit gegen die Weigerung des Richters zu protestieren, den Foltervorwürfen nachzugehen.

In Erzurum haben 325 von insgesamt 800 Angeklagten am 22. Februar einen Hungerstreik begonnen wegen grausamer Haftbedingungen im Militärgefängnis.

## FOLTER-TEAM: „DAL“-TRUPPE

Die türkische Solidaritätskampagne hat in der Märzausgabe seines „Türkei-Informationen-Bulletin“ Auskunft gegeben über Folterzentralen in Ankara: „Es gibt in Ankara

zwei Folterzentren für politische Gefangene. Das eine ist das Polizeihauptquartier im 6. Stock; das andere befindet sich im Nachbargebäude, der „Yusuf Kahraman-Polizeischule“, auch bekannt als „DAL“-Truppe. Dieses besondere Gebäude befindet sich auf dem Gelände des Polizeihauptquartiers, mit ihm verbunden durch einen Korridor.

Die DAL-Truppe besteht aus einer Anzahl von Verhör-Spezialisten, gebildet aus Mitgliedern des Ankara'er Polizeihauptquartiers und der MIT (Nat. Intelligenz-Organisation). Sie sind unmittelbar der Abteilung Politische Polizei und der MIT unterstellt und ihnen gegenüber verantwortlich. Chef der DAL-Truppe ist Kemal Yazicioglu, mit Spitznamen „der Doktor“.

„Jedes Untersuchungsteam besteht aus 7 Leuten, Leiter eingeschlossen, und ein jedes hat besondere Verantwortungen und Aufgaben. Das allerwichtigste ist das 1. Untersuchungsteam, zu dem 2 Polizisten und zwei MIT-Mitglieder gehören. Vorsitzender ist Bekir Pullu. Sie wenden verschiedene Foltermethoden an, wie etwa Elektroschock, Kaltwasser- und Schnee-Bäder, Aufhängen, Kreuzigen, Falaka (Schlagen auf die Fußsohlen)....“

## KULTURELLES LEBEN

### GERICHTSPROZESSE GEGEN INTELLEKTUELLE

Der Vorsitzende sowie Mitglieder des Vorstandes der türkischen Schriftstellervereinigung TYS wurden am 2. März vor Gericht gestellt, weil sie vor der Machtübernahme durch die Militärs mit dem bulgarischen Schriftstellerverband ein bilaterales Kultur-Abkommen abgeschlossen hatten. Der Anklagevertreter hat Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten gefordert für den ausgezeichneten Satiriker Aziz Nesin und für andere Mitglieder.

Der Chef der Internationalen Nachrichtenabteilung der türkischen Radio-Fernseh-Gesellschaft, Cafer Demirel, wurde am 2. März von einem Zivilgericht wegen Mißbrauchs seiner Stellung verurteilt.

Am 11. März fand in Istanbul ein Prozeß gegen Ahmet Kabakli und Aydogdu Iler von der Tageszeitung *Tercüman* wegen Stellungnahme gegen Militärdekrete statt.

Der Grundschullehrer Rasit Gül wurde am 10. März in Sındırgı unter dem Vorwurf der Beleidigung General Evrens verurteilt.

Der verantwortliche Redakteur des Jugendmagazins „Ilerici Yurtsever Gençlik“, Erhan Tuksan, wurde am 11. März von einem Militärgericht in Istanbul zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der verantwortliche Redakteur des Magazins *Birlik Yolu*, Ali Rebus, angeklagt wegen kommunistischer Propagandatätigkeit, wurde am 17. März in Istanbul von einem Militärgericht zu 8 Jahren und 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am selben Tag wurde der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift *Kitle*, Feyzullah Özer, wegen Lobens der Oktoberrevolution zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 18. März wurde Aydin Engin, Herausgeber der verbotenen Tageszeitung *Politika*, wegen eines 1980 erschienenen Artikels von einem Istanbul'schen Militärgericht zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Frau Nazlı Ilicak, Redakteurin bei der Tageszeitung *Tercüman*, wurde am 24. März von einem Militärgericht in Istanbul zu einer 3monatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

### BESIKCI ZU 10 JAHREN VERURTEILT

Der bekannte türkische Soziologe, Dr. Ismael Besikci, wurde am 25. März vom Marinegericht in Gölcük zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage warf ihm die Diffamierung des türkischen Staates durch das Abschicken eines Briefes an den Schweizerischen Schriftstellerverband vor, in dem er den Militärcoup vom 12. September kritisiert hatte.

Wegen seiner mutigen Artikel und Studien über die demokratischen Rechte der kurdischen Bevölkerung der Türkei ist Besikci schon viele Male verurteilt und eingesperrt worden. (Cf. Bulletin vom Febr. 1982 und Oktober 1979).

### GEFANGEN WEGEN EINER LANDKARTE

Nurettin Bolluk wurde am 30. März in Ankara von Kriegsrechtsbehörden gefangengenommen wegen einer Landkarte, die er dem Nachschlagewerk „Handbuch über die Zusammensetzung der Türkei“ hinzufügte. Die Karte, ausgeliehen von der Türkisch-Amerikanischen Vereinigung, zeigt die als Kurdistan und Armenien bekannten Gebiete. Nun muß er sich wegen separatistischer Propaganda verantworten.

### VERBOT VON VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Kriegsrechtsbehörden haben am 1. März das Werk *Erol Toys*, „Unsere Intellektuellen, Menschen und Staat“ auf den Index verbotener Veröffentlichungen gesetzt.

Die Ankara'er Kriegsrechtskommandantur hat am 2. März die Publikation und Verteilung des Wochenmagazins „Arayis“ verboten. Es war ein Jahr zuvor von Ecevit initiiert worden, später jedoch verboten die Kriegsbehörden ihm, weiterhin in dem einzig übriggebliebenen sozialdemokratischen Magazin Artikel zu veröffentlichen. Es hatte eine Auflage von ca. 20 000.

Die Istanbul'schen Kriegsrechtsbehörden verboten am 26. März den Verkauf von 29 Kinderbüchern an Jugendliche unter 18 Jahren. Sie waren in den Jahren 1979 bis 81 von renommierten Verlagsanstalten wie *Arkadas*, *Oda* und *Gözlem* publiziert worden.

Drei Tage später ordneten dieselben Behörden die Konfiszierung zweier Kinderbücher an, die von der Sport-Toto-Verwaltung als „kultureller Service“ veröffentlicht worden waren. Die Bücher mit dem Titel „Rosen der Taube“ und „Märchen für Kinder“, beide vom Direktor der Sport-Toto-Verwaltung, Aydin Karasüleymanoglu, geschrieben, stellten soziale Ungerechtigkeit in der Gesellschaft dar.

### SCHULKINDER AUF DER ANKLAGEBANK

50 Schulkinder zwischen 11 und 15 Jahren wurden am 5. März vor ein Kriminalgericht in Istanbul gestellt und zu jeweils 2 100 TL Geldstrafe verurteilt weil sie an einen finnischen Club, der Brieffreundschaften vermittelt, in einem Briefumschlag 80 TL (1,- DM) geschickt hatten. Ein anderer Schüler, der 17 Jahre alte Özlem Körükcü, wurde am 17. März wegen derselben „Übertretung“ zu 7 Monaten Gefängnis und 17 000 TL Geldstrafe verurteilt!

## UNTERDRÜCKUNG IM AUSLAND

### NEUE MASSNAHMEN DER REGIERUNG

Das neue Rundschreiben von Premierminister Uluşu, das die Ausübung einer strengen Kontrolle über türkische Arbeiter im Ausland zum Ziel hat (cf. S. 4), wird von weiteren Maßnahmen begleitet:

- Um Reisen von Regimekritikern ins Ausland zu verhindern, werden Reisepässe in Zukunft von einem Zentralbüro ausgeteilt, wogegen sie vorher in Wirklichkeit von Ortsbehörden ausgestellt wurden;
- Die türkische Regierung wandte sich an die Bundesregierung mit der Vorstellung, von deutschen Schulbehörden eingestellte Lehrer zu entlassen und sie durch jene zu ersetzen, die vom türkischen Erziehungsministerium entsendet werden.
- Einer Neufassung des Gesetzes über die Handhabung religiöser Angelegenheiten zufolge können lokale Einwanderungsorganisationen, wenn die türkische Regierung die hauptamtlichen religiösen Lehrer bestimmt hat, auch selber Religionslehrer einstellen, unter der Bedingung, daß diese für ihren Lebensunterhalt sorgen. Auf diese Weise wird eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den türkischen Behörden und türkischen religiösen Gruppen, zumeist unter der Oberaufsicht der Grauen Wölfe, in die Wirklichkeit umgesetzt. Erste Erfahrungen hat man in Belgien bereits machen können mit einer Kampagne von Seiten der türkischen diplomatischen Gesandten mit dem Ziel der Bildung von rechten türkischen Vereinigungen in Flandern und Wallonien.

### DAS ELENDE DER POLITISCHEN FLÜCHTLINGE

Das türkische Justizministerium hat erklärt, daß „75 verdächtige Türken im Ausland festgenommen werden konnten und daß 15 in die Türkei zurückgebracht worden sind. Gespräche über die Auslieferung der übrigen sind noch im Gange zwischen europäischen Regierungen und der Türkei.

Vor kurzem hat Syrien ein Dev-Yol-Mitglied mit Namen Necmettin Usentur in die Türkei zurückgeschickt.

Gemäß einer Verlautbarung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1981 wurde keinem der 8 500 gestellten Asylanträge stattgegeben. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat angekündigt, sie werde vom 1. April 1982 an keine um politisches Asyl Nachsuchenden mehr aufnehmen.

In Griechenland sind 48 politische Asyl-Antragsteller aus der Türkei in den Hungerstreik getreten, um so gegen die schlechte Behandlung im Flüchtlingslager von Lavrion aufmerksam zu machen.

### VERLEUMDUNGEN GEGEN DEMIRAG UND YURDATAPAN

Die fortschrittlichen türkischen Künstler Melike Demirag und Sanar Yurdatapan nahmen zum zweiten Mal teil an einem Kulturprogramm des griechischen Fernsehens, das auch von der türkischen Ägäis-Küste aus gesehen werden kann, und in dem sie das repressive türkische Regime kritisierten. Daraufhin startete die Boulevard-Presse a la Hüriyet erneut eine Verleumdungskampagne gegen die beiden und verbreitete sogar die Falschmeldung, Melike Demirag habe ihren Namen in einen griechischen umgeändert.

Die türkische Botschaft in Holland hat eine Kampagne gestartet, um türkische Arbeiter aufzuhetzen gegen den türkischen Programmteil des holländischen Fernsehens, „Passpoort“, weil dieser Amnesty International wichtige Hinweise über die Unterdrückung in der Türkei liefert.

## DIE SOZIALE LAGE

### NICHTBESCHÄFTIGUNG VERSCHÄRFT

Das Vorstandskomitee der regierungstreuen Gewerkschaftsvereinigung Türk-İs erklärte, Arbeitslosigkeit sei weiterhin das gegenwärtige Hauptproblem der Türkei. Die Erklärung vom 1. März lautet: „Die restriktive Geld- und Finanzpolitik hebt ständig die Arbeitslosenzahlen an, und zwar auf allen Ebenen.“ Die Vereinigung brachte auch ihre Ansicht zum Ausdruck, daß die 9 Monate zuvor festgesetzten Mindestlöhne nicht mehr akzeptabel seien.

Den Daten der staatlichen Planungsorganisation zufolge werden im Jahre 1982 344 200 neue Arbeitslose hinzukommen, so daß mit insgesamt 3 284 500, das entspricht etwa 18,2%, gerechnet wird. Um eine Arbeitsmöglichkeit für jeden zu schaffen, sollten mindestens 80 000 Dollar investiert werden.

Einer der führenden türkischen Kapitalisten, Sakip Sabanci, stellte die Behauptung auf, daß, ziehe man ein mögliches Übergreifen der Automatisierung auf die türkische Industrie in Erwägung, die Zahl der Arbeitslosen in naher Zukunft auf 6 bis 10 Millionen geschätzt werden könne; als Problemlösungsstrategie schlägt er vor, zu Investitionen aus dem Ausland zu ermutigen.

### INHAFTIERTER ARBEITER VERLIERT SEINE ARBEIT

Der Oberste Schiedsrat, beauftragt, über Arbeiter und Arbeitsbedingungen zu entscheiden, hat vor kurzem beschlossen, daß jeder Arbeiter, der mehr als 30 Tage in Haft ist, vom Arbeitgeber entlassen werden kann. Außerdem hat der Rat Arbeitgeber ermächtigt, keinen wegen politischer Vergehen Verurteilten einzustellen.

### PROTEINVERBRAUCH NIMMT AB

Wegen des rapiden Preisanstiegs bei Fleisch, Milch und Eiern verringerte sich der Konsum von Proteinen auf ein alarmierendes Niveau. Während bei Fleisch das Tagesminimum bei 40 g pro Person liegen sollte, sank es in der Türkei auf durchschnittlich 19. Hierbei sollte besonders beachtet werden, daß in den unterentwickelten Gebieten im Inneren der Türkei sowie im Osten und im Südosten die Menschen in der Mehrzahl praktisch nie Fleisch essen beziehungsweise einmal im Monat. Als Ausgleich für den niedriger werdenden Proteinverbrauch stieg der jährliche Brotkonsum von 1170 000 Tonnen im Jahre 1973 auf 5 600 000 im vergangenen Jahr.

Als ein wesentlicher Faktor bei der Verringerung des Fleischverbrauchs ist zu bedenken, daß der Fleischexport für die Türkei im letzten Jahr zu einem der vier wichtigsten Exportgüter geworden ist, mit einem Reinverdienst von 313 Millionen Dollar.

## 25 000 MENSCHEN LEBEN IN HÖHLEN

Nach einem Bericht der Tageszeitung Tercüman vom 25. März leben in Istanbul, der größten Stadt der Türkei, 25 000 Menschen in Höhlen, Baumlöchern oder in Zelten.

## LÄHMUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Aufgrund der Entlassung vieler Ärzte ist der Gesundheitsdienst in den Krankenhäusern, die von der Organisation für soziale Sicherheit getragen werden, praktisch blockiert. Ein einziger Arzt muß am Tag mindestens 100 bis 150 Patienten untersuchen. Für einen chirurgischen Eingriff muß man etwa 4 Monate warten, auf eine Röntgenuntersuchung 3 Monate.

Wegen des hohen Bedarfs an medizinischem Personal in den erdölfördernden Ländern ziehen es viele Mediziner vor, bei einem Monatseinkommen von umgerechnet 7 - 8000 DM dorthin zu gehen, während ihre Kollegen in der Türkei nur etwa 500 DM verdienen können.

---

## DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

---

### MONOPOLISIERUNGSPROZESS BESCHLEUNIGT

Nach einem Bericht der Tageszeitung Cumhuriyet vom 8. - 10. März ist der Prozeß zur Monopolbildung in der türkischen Wirtschaft seit der Machtübernahme durch die Militärs beschleunigt worden.

Von insgesamt 126 Wirtschaftssektoren werden 18 von nur einer Firma bestimmt, 27 von 2, 14 von 3, 15 von 4, 9 von 5, 16 von 6, 4 von 7, 5 Sektoren von 8 Firmen bestimmt; 15 Sektoren sind noch frei von Monopolkontrollen.

Ebenso sind diese türkischen Monopolgesellschaften dabei, sich in einem Wettlauf um die Kontrolle über die wichtigsten Privatbanken und Kreditinstitute zu engagieren.

Die Tageszeitung Günaydin veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 22. März folgende Liste, die die Beteiligung von Konzernen an Banken deutlich macht:

Sabancı-Besitz: Akbank  
 Koc-Besitz: Garanti-Bank, Cocaeli-B.  
 Cukurova-Besitz: Pamuk-Bank, Yapi-Kreditbank, Intern.  
 Industrie-Entwicklungs-Bank  
 Cavusoglu-Kozanoglu: Hisarbank  
 Zeytinoglu-Familie: Eskisehirbank  
 Cingillioglu-Fam.: Demirbank  
 Dogus Yaturim: Imar-Bank  
 Ozakat-Besitz: Egebank  
 Has: Istanbul-Bank  
 Acarer: Mittelöstl. Wirtschaftsbank  
 Hema: Arbeiterkredit-Bank  
 Mimaroglu-Gruppe: Lehrer-Bank  
 Ercan: Türk. Ticaret-Bank  
 Yasar: Tüntün-Bank  
 Taris: Milli Aydin-Bank

Der Vorsitzende der größten türkischen Privatbank (Is-Bank), Ismael Rüstü Aksal, sagte am 29. März, das Jahr 1981 habe aufgrund der Gesetze, Maßnahmen und Reorganisation des Regimes vom 12. Oktober positive Ergebnisse gebracht. Der Bankbericht über das Finanzjahr zeigt bei der Gesamtsumme der Einlagen einen Zuwachs von 92,1 %; bei den Aktiva sind es insgesamt 85 %.

## UNTERSTÜTZUNG AUSLÄNDISCHEN KAPITALS

Die Regierung legte der Beratenden Versammlung einen Gesetzentwurf vor, der private und ausländische Ölforschungsvorhaben erleichtern und neue Anreize schaffen soll. Es soll den Investitoren eine bestimmte Menge Eigenexport ermöglichen, und zwar 35 % der Ölausbeute zu Lande und 45 % des im Meer gefundenen Öls.

Des weiteren wurde ein Gesetz im Nat. Sicherheitsrat ratifiziert, das die Investition ausländischen Kapitals in touristische Projekte fördern soll, indem der türkische Staat zwischen 60 und 85 % der Gesamtinvestition selber dazu steuern will.

## MERCEDES-BEDINGUNGEN ANGENOMMEN

Grundsätzlich haben Daimler-Benz und die Maschinenfabrik Tümesan Übereinkunft erzielt bezüglich einer zukünftigen Beteiligung von Mercedes bei diesem Unternehmen. Demzufolge werden die Mercedes-Hersteller 31 - 33 % der Aktien im Wert von 1000 Mill. TL erhalten, über das sie als Kapital der neuen Gesellschaft verfügen können. Diese Gesellschaft soll in der Maschinenfabrik von Aksaray Bus-Motoren und Teile von Univek-Militärfahrzeugen herstellen.

## PREISZUWACHS VON 10 % IN 2 MONATEN

Trotz des Anspruchs der Regierung, der Inflation Herr zu werden, haben sich die Verbraucherpreise im Monat Januar und Februar um 10 % erhöht. Im März erhöhte die Regierung die Preise für Druckerzeugnisse um 10 %, Eisen 20 %, Telegramme 50 %, Kohle 12 - 18 %, Ferngespräche 100 - 650 %, alkoholfreie Getränke 30 %, Elektrizität und Reifen 8 - 9 %.

Wegen des Preisanstiegs ist die Kaufkraft der Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten, einer Meldung des Cumhuriyet vom 8. März zufolge, in den letzten 2 Jahren um 57 % gesunken.

Seit der am 24. Januar 1980 von der IMF auferlegten ökonomischen Maßnahmen hat die türkische Lira gegenüber ausländischen Währungen etwa 100 % ihres Wertes verloren. 1 Dollar hat jetzt den Wert von 149 TL gegenüber 70 TL im Jahre 1980.

---

## BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

---

### ÖFFNUNG ZUM MITTLEREN OSTEN

Die Stars des türkischen Militärregimes haben im März - auf der Suche nach lukrativen Handelsmöglichkeiten - den Mittleren Osten kreuz und quer bereist.

General Evren besuchte Kuwait, Premierminister Ulusu war in Saudi-Arabien und im Irak, der stellv. Premier, Turgut Ozal, war im Iran und in Syrien und der Handelsminister in Jordanien.

Wo immer Ozal auftritt, da folgen ihm ganze Scharen von Geschäftsleuten. 500 Vertreter der türkischen Privatwirtschaft landeten mit ihm in Teheran. Das Ergebnis waren Exportabkommen im Wert von 600 Mill. Dollar, wobei bis März 1983 möglicherweise noch weitere 400 Millionen dazukommen. In den Irak sollen in diesem Jahr noch Waren im Werte von 800 Mill. Dollar exportiert werden.



Im vergangenen Jahr hat der türkische Iranexport zugenommen von vorher 84 auf jetzt 233 Mill. US-Dollar, bei Libyen von 60 auf 441 Mill., Irak 134 auf 559, Saudi-Arabien von 43,5 Mill. auf 187, Ägypten von 60 auf 200 Mill. Dollar. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei rangiert der Export in den Mittleren Osten vor dem in die EG.

Dutzende türkischer Gesellschaften sind bei Aufbauarbeiten in Ländern des Mittleren Ostens beteiligt, mit Verträgen in Höhe von gegenwärtig 11 Mill. Dollar. Um die 200.000 türkische Fremdarbeiter sind dort zur Zeit beschäftigt, am stärksten in Libyen konzentriert.

Der Präsident der türkischen Industriellen- und Geschäftsleute-Vereinigung, Kocman, erwartet eine Fortdauer des Exportbooms, wobei neue Investitionen in exportorientierte Gebiete wie Nahrungsmittelverarbeitung und -Transport geschleust werden sollten.

Nach Evrens Besuch in Kuwait veröffentlichte die türkische Presse Artikel, in denen von einer zweizügigen Pipeline zwischen den beiden Ländern geträumt wurde: In die eine Richtung fließt Trinkwasser von der Türkei nach Kuwait, durch die andere Pipeline pumpt Kuwait Öl in die Türkei.

Ohne Zweifel sieht sich die türkische Junta als Nutznießerin der ökonomischen Möglichkeiten, die die Mitteloststaaten anbieten, vor neue politische und diplomatische Fragen gestellt.

Unmittelbar vor Ozals Besuch im Iran berichtete die ausländische Presse von para-militärischen Anti-Khomeinikräften in der Osttürkei, die von dort aus eine Verschwörung zum Sturz des Teheraner Regimes organisierten.

Während sich Premierminister Ulusu am 2. März auf den Weg nach Saudi-Arabien machte, um dort an einem Treffen der islamischen Vermittlungskommission im Iran-Irak-Konflikt teilzunehmen, kamen 15 Abgesandte aus arabischen und islamischen Staaten nach Ankara mit einem Memorandum, das sie dem türkischen Außenminister überreichten, und in dem die Türkei aufgefordert wird, alle diplomatischen Verbindungen zu Israel abzubrechen.

Es ist schwer zu sagen, ob es der Türkei gelingen wird, mit ihren Verbindungen zu den USA und dem diskreten Flirt mit Israel arabische Bedürfnisse zu befriedigen.

## US-HILFE FÜR DIE JUNTA

Der amerikanische Außenminister Haig, der vor dem ausserpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses Aussagen machte, sagte, die militärische Führung in der Türkei sei dem Wahlverfahren verpflichtet und verdiene die Geduld und das Verständnis der amerikanischen Kritiker.

Am 9. März kam Admiral William Crowe, Kommandant der Vereinigten NATO-Streitkräfte Südeuropa, zu Gesprächen mit militärischen Kreisen in die Türkei.

Während des Aufenthalts des türkischen Verteidigungsministers Bayülken in Washington anlässlich der Kernenergie-Planungssitzung der NATO kündigte das Pentagon an, daß die USA an die Türkei Radargeräte und Hilfszubehör im Werte von 57 Mill. Dollar verkaufen würden.

General Kingstone, Chef der Schnellen Einsatztruppe, hat erklärt, daß die wichtigste Frage westlicher Verteidigungspolitik das Errichten von Basen in der mittelöstlichen Region sei, und daß die USA bereit seien, für militärische Operationen in diesem Gebiet 4000 Mill. Dollar auszugeben.

In diesem Rahmen gewann der Besuch General Ziya Ul Haqs, pakistanischer Militärdiktator, eine besondere Bedeutung. Obwohl er erklärte, aus rein persönlichen Gründen gekommen zu sein, um General Evren anlässlich des Todes seiner Frau zu kondolieren, drückte der pakistanische gegenüber dem türkischen General den Wunsch aus, „beide Staaten mögen sich in internationalen Beziehungen wie ein einziger Staat verhalten“. Wie bekannt wurde, planen die USA die Schaffung einer neuen Militärallianz in der Region mit Beteiligung der Türkei, Pakistans, Saudi-Arabiens, Ägyptens und Kuwaits.

Im Anschluß an diesen Besuch machten die Beziehungen Türkei - Pakistan weitere Fortschritte durch einen offiziellen Besuch, den General Nurettin Ersin, Kommandeur der türkischen Landstreitkräfte und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, Pakistan abstattete. Als Geschenk an Pakistan konnte General Ersin die Entscheidung der Junta mitnehmen, 4 500 Afghanen türkischer Herkunft, die Zuflucht in Pakistan gesucht hatten, aufzunehmen.

## SOLIDARITÄT

— Eine türkische Gewerkschaftshilfe wurde in San Francisco/USA ins Leben gerufen, und gleichzeitig wurde eine Kampagne gestartet zur Wiederherstellung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte in der Türkei.

— Die Internationale Arbeiter-Organisation schickte einen Appell an die türkischen Militärjustizbehörden, die DISK-Funktionäre nicht zu verurteilen und das Streikrecht wieder einzuführen.

— Der Internationale Journalistenverband FIJ sandte ein Telegramm an General Evren, in dem er gegen die Verhaftung von Intellektuellen und Journalisten in der Türkei protestierte.

— Die Belgische Vereinigung für Entwicklung und Frieden protestierte gegen die Verhaftung von Mitgliedern des türkischen Friedenskomitees.

— In Spanien hat das Zentralkomitee der Kommunisten eine Resolution angenommen, in der das türkische Regime verurteilt wird, und Abgeordnete der Partei brachten einen entsprechenden Antrag im Parlament ein. Die Zeitung der spanischen Kommunisten, „Mundo Obrero“, veröffentlichte eine Serie über die Türkei.

— Am 10. März hat das Europa-Parlament die Türkeifrage diskutiert und Leo Tindemans zum Verhältnis Europa-Türkei befragt.

— Die französische Regierung brachte am 9. März gegenüber der türkischen Botschaft ihre Betroffenheit bezüglich der Verhaftung von Apaydin, Vorsitzender der Istanbul Anwaltskammer, zum Ausdruck. Am selben Tag wurde in Paris und Lyon von Seiten der Advokaten Solidarität mit Apaydin manifestiert.

— Vom 11. bis 12. März veranstalteten dänische und schwedische Gewerkschaftsverbände in Kopenhagen ein Solidaritätstreffen unter Teilnahme des DISK-Vertreters Y. Top.

— Der für die Mittelmeerregion zuständige Vertreter der Europakommission, Duchateau, gab an den türkischen EG-Vertreter eine Note weiter, die dieser jedoch nicht annahm, da er dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes deklarierte.

- Am 13. März hat in Stockholm ein Solidaritätstreffen stattgefunden, an dem neben Yücel Top auch Olof Palme und italienische und französische Sozialisten teilgenommen haben.
- Am 13. März hat die parlamentarische Versammlung des Europarates den Ministerrat um sofortige Intervention zur Freilassung der in der Türkei Inhaftierten ersucht.
- Am 13. März hat die französische Anwaltskammer SAF protestiert „gegen die schwerwiegende und wiederholte Verletzung von Menschenrechten und dem Recht auf Verteidigung in der Türkei“.
- Am 16. März hat das belgische „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in der Türkei“ Leo Tindemans ein Memorandum übermittelt, und ihn gleichzeitig darum gebeten, auch Herrn Apaydin in der Haft zu besuchen.
- Leo Tindemans kam am 19. März zu einem 22 Stunden dauernden Besuch in Ankara an und führte Gespräche mit den türkischen Behörden. In seinem mündlichen Bericht an den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft schlug er vor, keine Schritte zu unternehmen, die die türkischen Generäle verärgern könnten. Der Rat beschloß, die Frage auf dem europäischen Gipfel zu erörtern.
- Die Türkei lehnte die Anfrage des Europarates ab, in ihrem Lande Nachforschungen durchführen zu lassen.
- Der türkische Botschafter schickte einen Brief an den Bürgermeister der belgischen Stadt Courcelles, in dem er um Streichung des für den 25. März in der Stadthalle geplanten Treffens türkischer Organisationen bat. Der Stadtrat entschied jedoch, diesem Schreiben nicht Folge zu leisten und verwahrte sich gegen diese Form von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Stadt. Das Treffen fand also wie angekündigt statt unter Beteiligung von Ernest Glinne, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament, Rechtsanwalt van Droogenbroeck, Vertretern von INFO-TÜRK und Amnesty International.
- Das kurdische Neujahrsfest (Newroz) wurde am 27. März in Brüssel in einer von Tekoser organisierten Abendveranstaltung gefeiert. Bei diesem Treffen gaben die kurdischen, armenischen, assyrischen und belgischen Gruppen ein gutes Beispiel internationaler Solidarität.
- Am 30. März berichtete die türkische Presse davon, daß der dänische Premierminister Joergenson seine Absicht erklärt habe, im nächsten Monat Ecevit in Ankara zu besuchen.
- In den Städten Witten und Bochum hat eine deutsche Gruppe türkische Wohnungen angegriffen, Geschäfte mit Steinen beworfen und Säure auf Autos gekippt. (H-7.3.)
- Eine sich als „Aktionstruppe“ bezeichnende deutsche Organisation bedroht deutsche Unternehmen, die türkische Arbeiter einstellen wollen. (T-8.3.)
- In Mainz hat ein deutscher Jugendlicher einen türkischen Club mit den Worten „Ausländer raus“ angegriffen und den Inhaber mit einem Schwert verletzt. (T-16.3.)
- Acht deutsche Bundesländer haben dem Bundesrat ein gemeinsames Gesetz zu Einwanderungsfragen vorgelegt. Die CDU-regierten Länder machen den Vorschlag, jedem rückreisewilligen Ausländer 21.622 DM zu geben. (T-18.3.)
- In Berlin hat eine neonazistische Gruppe ein türkisches Kollektivtheater angegriffen. (M-19.3.)
- Eine sich als Bürgerinitiative ausgebende Gruppe für den Ausländerstop drängt auf ein Referendum über eine getrennte Schulausbildung von Ausländerkindern. (DN-19.3.)
- In Hamburg hat sich eine neue politische Partei mit der Bezeichnung „Hamburger Liste zur Begrenzung der Ausländer“ (HLA) gebildet. (H-20.3.)
- In Bocholt wurde ein türkischer TIR-Lastwagen in Brand gesteckt.
- In Nürnberg hat die NPD eine Rallye organisiert, die gegen ausländische Arbeiter gerichtet war. (C-28.3.)
- In der Landsberger Straße in München griff eine Neonazigruppe ein türkisches Geschäft an. (H-31.3.)
- 35 eingewanderte Arbeiter, darunter 10 türkische, sind im Brüsseler Stadtteil Schaarbeek in einen Hungerstreik getreten, um gegen Bürgermeister Nols' Vorgehen zu protestieren, der entgegen königlichem Beschluß sich weigert, Ausländer sich einschreiben zu lassen. (H-31.3.)

Quellen: C-Cumhuriyet, H-Hürriyet, M-Milliyet, T-Tercüman, DN-The Turkish Daily News, G-Günaydin